

Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

Pressekonferenz am 10.03.2021

Statement von Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

- es gilt das gesprochene Wort –

Die Zahlen im Datenreport 2021 liefern erneut grundlegende Informationen, Statistiken und wissenschaftliche Einordnungen zu zahlreichen Aspekten der deutschen Gesellschaft. Mit der neuen Fassung liegt mittlerweile die 17. Ausgabe aus der bewährten Kooperation mit unseren Partnern vor, zu denen nun zum ersten Mal auch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gehört.

Meine Vorrednerinnen haben auf viele wichtige Aspekte hingewiesen. Die genannten Ungleichheiten, die erhöhten Armutsrisiken, die Bildungsungleichheit insbesondere in Zeiten der Pandemie, aber auch die bestenfalls schleppend verlaufenden Bemühungen im Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit oder die Nivellierung regionaler Unterschiede sollten uns alarmieren.

Fast alle Debatten stehen momentan im Zeichen der noch längst nicht überwundenen Coronapandemie, deren Auswirkungen wir erst in den kommenden Jahren in Gänze überblicken werden können. Auch der Datenreport kann hier nur begrenzte Daten aus dem Jahr 2020 bzw. dem „ersten Lockdown“ anbieten.

An der Relevanz der Befunde ändert das jedoch nichts. Vielmehr war die soziale Ausgangslage zu Beginn der Pandemie entscheidend dafür, welche Auswirkungen Corona für welche soziale Gruppe hat. Deswegen sind die vorgestellten Zahlen zu den sich verfestigenden Armutsrisiken bedrückend.

Als wir den Datenreport 2018 vorstellten, rückten wir die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ins Blickfeld. Auch damals gaben die Zahlen zu Armutsrisiken bei Kindern und Jugendlichen und die Benachteiligungen im Bildungssektor Anlass zur Sorge. Die vorgestellten Zahlen zeigen, dass sich die Situation keineswegs gebessert hat. Im Bereich Bildung sehen wir nach wie vor, dass der Bildungserfolg maßgeblich von sozialer Herkunft beeinflusst ist. In den Schichten mit niedrigerem Einkommen fehlt es nun im Home Schooling nicht selten an angemessener technischer Ausstattung. Viele Eltern haben weniger Ressourcen zur Verfügung, um ihren Kindern Hilfestellung zu leisten – oder müssen aus dem Haus, weil sich ihr Beruf nicht für Home Office eignet oder dieses von den Arbeitgebern nicht gewährt wird.

Generell lässt sich sagen, dass die Coronapandemie bestehende Ungleichheiten abbildet oder tendenziell verstärkt. Sie hat nachhaltige Auswirkungen auf das Wirtschafts- und Arbeitsleben; ökonomisch trifft die sie die unteren Einkommenschichten, aber auch Menschen aus Zuwandererfamilien deutlich stärker als andere. Die Pandemie wirkt also nicht als großer „Gleichmacher“, wie anfangs angenommen wurde, sondern vielmehr als starkes Vergrößerungsglas.

Die Feststellung des Wissenschaftszentrums Berlin, dass die soziale Ungleichheit in weiten Teilen der Bevölkerung als ungerecht empfunden wird und viele Bürgerinnen und Bürger den Staat in die Pflicht nehmen, kann als Signal verstanden werden, dass viele Bürgerinnen und Bürger ein zunehmendes Interesse an einem starken Sozialstaat haben, der die Schwächeren eben nicht zurücklässt.

Eine Frage, die sich aus Sicht der politischen Bildung stellt, ist, wie die Pandemie sich auf die Demokratie auswirkt. Ist Corona nicht längst auch ein Stresstest für unsere freiheitliche Demokratie? Auch dies wird erst zu einem späteren Zeitpunkt zu beantworten sein. Belegbare Hinweise auf zwangsläufig negative Effekte auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des Rechtsstaats und der

Demokratie liegen indes nicht vor – noch nicht? Auch wenn sich eine deutliche Pandemiemüdigkeit erkennen lässt, widersteht der Großteil der Bürgerinnen und Bürger weiterhin autoritären Versuchungen und populistischen Vereinfachungen.

Aber dennoch müssen wir genauer hinsehen. In den Coronaprotesten – auch wenn diese nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung abbilden – sehen wir eine Zusammenarbeit von Lagern, die bis vor kurzem ausgeschlossen schien. So mischen sich bei den Demos Menschen aus sogenannten alternativen Milieus mit nicht selten antisemitisch grundierten Verschwörungserzählern, Reichsbürgern und Anthroposophen, aber eben auch mit organisierten, harten Neonazis. Die Proteste sogenannter „Querdenker“ sind nicht nur von großer Demokratiefeindlichkeit unterlegt, sondern auch von einer alarmierenden Wissenschaftsfeindlichkeit, ja Wissenschaftsverachtung.

Auch vor diesem Hintergrund spielt der Datenreport eine wichtige Rolle. In seiner bewährten Mischung aus amtlicher Statistik und sozialwissenschaftlicher Einordnung ist er quasi ein Lehrbeispiel gelungener Wissenschaftsvermittlung, liefert er Fakten und Einordnungswissen gleichermaßen – eine Einladung zum permanenten Faktencheck!

Die Zahlen und Erkenntnisse legen an vielen Stellen den Finger in die Wunde. Auch wenn der Datenreport den Einfluss der Pandemie noch nicht abbilden kann, so erlaubt er doch Aufschlüsse über zentrale Punkte, die mit Blick auf Demokratie und Partizipation unserer Aufmerksamkeit bedürfen. Auffällig ist etwa, dass sich die Werte hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren unserer freiheitlichen Demokratie in Ost und West auch in den dreißig Jahren seit der Überwindung der deutschen Teilung nur in relativ geringem Maße angeglichen haben.

Einfluss auf diese Werte haben zahlreiche Faktoren: Alter, Geschlecht, sozioökonomischer Status und politische Orientierung. Und gerade hier gehen die Zahlen weit auseinander. Ein sehr plastischer Vergleich: Während in der deutschen Gesamtbevölkerung 74% der Menschen sehr oder ziemlich zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind, liegt dieser Wert bei ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern, die angeben, Anhänger der AfD zu sein, gerade mal bei 4%.

Diese sich andeutende Erosion des Vertrauens in unsere Demokratie muss uns alarmieren. Und gerade vor regionalen, aber auch vor sozialen Unterschieden dürfen wir nicht die Augen verschließen. Vor allem die ländlichen Regionen haben sich in den vergangenen Jahren sehr stark transformiert. Speziell zwischen Ost und West gibt es nach wie vor ein eklatantes Gefälle, gerade was etwa die Vermögen angeht; das wird sich etwa über Erbschaften fortschreiben.

Entwicklungen in den Bereichen Digitalisierung und Mobilität bieten hier Chancen. Aber es muss auch klar sein, dass soziale Schieflagen, zumindest gefühlte kulturelle Marginalisierung und das Gefühl, „vergessen“ worden zu sein, nur durch langfristige Ansätze aus der Welt zu schaffen sein werden.

Auch Blick auf die politische Bildung bedarf es auch hier vermehrter Kraftanstrengungen, gerade in den Transformationsregionen. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Die bpb wird sich an ihrem dritten, im Laufe des Jahres voll arbeitsfähigen Standort in Gera mit den verschiedensten Angeboten, mit einem „Vollprogramm“, nicht nur, aber gerade auch diesen fundamentalen Wandlungsprozessen widmen. Darauf freue ich mich sehr!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.